

DOI: 10.5771/0342-300X-2020-2-82

Handelskonflikte – Symptom einer Systemkrise

STEPHAN SCHULMEISTER

Der Welthandel ist 2019 kaum gewachsen. Als Hauptursache der Wachstumsabschwächung sehen Experten die Handelskonflikte. Zusätzlich erhöhen der Brexit und die Debatten um den Klimawandel die Unsicherheit über die Wirtschaftsentwicklung. Aber warum verschärfen sich die Handelskonflikte so sehr? Und wie hängt dies mit Brexit und Klimawandel zusammen?

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Ungleichheit drastisch erhöht. In den USA verloren Millionen Menschen Haus und Arbeitsplatz, vom nachfolgenden Aufschwung profitierten nur die Bessergestellten; Unzufriedenheit und Verbitterung der *forgotten men* nahmen zu. Diese Gefühle lenkte US-Präsident Trump – Immobilienmagnat und ein Profiteur der Krise – gegen vermeintlich „Schuldige“: verantwortlich seien im Inneren die intellektuellen Eliten, in der Welt wiederum vor allem China und die EU, die durch unfairen Handel die Amerikaner um ihre Jobs brächten.

Innerhalb der EU wurde Südeuropa wirtschaftlich „abgehängt“, zuerst durch steigende Zinsen, dann durch eine radikale Sparpolitik. Viele (auch noch nicht Deklassierte) wandten sich als Folge rechtspopulistischen Parteien zu.

In Großbritannien hatte sich die soziale Spaltung schon seit den 1980er Jahren vertieft, nach der Finanzkrise wurde sie durch die Austeritätspolitik verschärft. National-populistische Politiker richteten die Gefühle der „Abgehängten“ gegen „die“ EU oben und „die“ ausländischen (EU-)Arbeitskräfte unten. Daraus entwickelte sich die Brexit-Bewegung.

Die gemeinsame Ursache dieser Entwicklungen besteht in der neoliberalen Politik, sie bereitete den Boden für den Nationalpopulismus. Bis in die 1970er Jahre herrschten Vollbeschäftigung, der Sozialstaat wurde ausgebaut, die Staatsverschuldung sank. Warum setzte sich dennoch der Neoliberalismus durch?

Die erfolgreiche Propagierung von Sozialreformen durch die *Fabian Society* auf Basis sozialistischer Theorien und die Schaffung des Wohlfahrtsstaats auf Basis keynesianischer Theorien hatten Hayek gezeigt: Interessen lassen sich nur durchsetzen, wenn ihre Verfolgung als objektive Notwendigkeit theoretisch begründet wird. Dann werden Intellektuelle als (opportunistische) *second-hand dealers in ideas* den neuen Trend propagieren.

Hayek ging nach Plan vor: 1944 publizierte er mit „Der Weg zur Knechtschaft“ den neoliberalen Katechismus, 1947 schuf er die „Mont-Pelerin-Society“ als Netzwerk von *original thinkers* (wie er selbst oder Milton Friedman), „normalen“ Intellektuellen und Financiers.

In den 1950er und 60er Jahren nützten die neoliberalen *master minds* die Zeit als Außenseiter zur Produktion von Theorien – vom „Beweis“ der Nützlichkeit von Finanzspekulation (1953) bis zum „Beweis“ der Schädlichkeit von Vollbeschäftigungspolitik (1968). Sie wurden durch Think Tanks popularisiert.

In ihrer Selbstgewissheit hatten die (noch) dominierenden „Trivial-Keynesianer“ die theoretische Fundierung des Erfolgsmodells der Sozia-

len Marktwirtschaft völlig vernachlässigt. Deren Voraussetzung wäre die prinzipielle Ablehnung der Gleichgewichtstheorie gewesen, wofür Keynes die Hauptargumente geliefert hatte (Ersetzung des „homo oeconomicus“ durch den unter Unsicherheit handelnden „homo humanus“). Doch die Trivial-Keynesianer hielten in der Mikroökonomie an der Gleichgewichtstheorie fest, mit fatalen Folgen: Sie konnten die Auswirkungen der seit 1971 entfesselten Finanzmärkte – von den Dollarabwertungen der 1970er Jahre samt nachfolgendem „Ölpreisschock“ bis zur Finanzkrise 2008 – nicht als „Früchte“ der neoliberalen Theorien erklären. So konnten die Neoliberalen weiter die von ihnen geschaffenen Probleme zur Verschärfung ihrer Politik nutzen.

Fazit: Handelskonflikte, Brexit und Finanzkrisen, aber auch die Nicht-Bekämpfung des Klimawandels, sind Symptome einer Systemkrise. Ihre Überwindung hat eine Grundvoraussetzung: Radikale Verwerfung der neoliberalen Theorien und Rückkehr zu Konzepten, welche nach einer Balance streben zwischen „Polaritäten“ wie Ökonomie/Politik, Markt/Staat, Konkurrenz/Kooperation, Unternehmer/Arbeitnehmer, Eigennutz/Gemeinwohl.

Wie nötig und schwierig das ist, verdeutlicht ein Beispiel: Zur Bekämpfung des Klimawandels braucht es die *Sicherheit*, dass CO₂-Emissionen von Jahr zu Jahr teurer werden. Doch die Preise im EU-Emissionshandel schwanken zwischen 3 € und 32 €. Auch CO₂-Steuern können diese Sicherheit nicht schaffen. Bei Treibstoffen gibt es ja schon eine Mengensteuer, die Mineralölsteuer. Dennoch ist der Preis für Diesel in den vergangenen zehn Jahren zwei Mal um 50 % gefallen, weil der Weltmarktpreis für Erdöl noch stärker fiel. Die Hauptursache besteht in kurzfristigen Spekulationen von Finanzakteuren, sie destabilisiert sowohl die EU-Zertifikatspreise als auch den Erdölpreis.

Eine viel bessere Lösung wäre: Für Erdöl, Kohle und Erdgas wird ein in der EU gültiger, langfristiger Pfad mit jährlich steigenden Preisen (etwa 5 %) festgelegt; die Differenz zwischen dem jeweiligen EU-Richtwert und dem Weltmarktpreis wird durch eine monatlich angepasste Mengensteuer abgeschöpft. Technisch wäre die Umsetzung trivial, ökonomisch würden endlich die Erwartungen verankert, dass CO₂-Emissionen nie wieder billiger werden. Dies würde einen Boom von Investitionen in erneuerbare Energien bzw. in höhere Energieeffizienz auslösen.

Allerdings: Ohne Emanzipation von der „Marktreligiosität“ ist das nicht zu schaffen. ■

DR. STEPHAN SCHULMEISTER ist Wirtschaftsforscher und Universitätslektor. In „Der Weg zur Prosperität“ (2018) untersucht er die systemischen Ursachen der gegenwärtigen Krise.

 <https://stephanschulmeister.wifo-pens.at>